

Briefe

Krankenkassen fehlt der Anreiz

Preisüberwacher kritisiert Prämienanstieg; BaZ 11. 7. 16

Seit der KVG-Einführung sind die Schweizer Gesundheitskosten explodiert und sollen auch künftig wuchern. Offensichtlich bieten Versicherer Franchisen, Leistungspauschalen und Preisvergleiche den Beteiligten kaum Sparanreize. Im Gegenteil, der Versicherungszwang und die garantierte staatliche Finanzierung befördern eher das blühende Angebotswachstum und die überbordende Leistungsnachfrage. Dagegen würden Versicherungsprämien mit individuellem Sparanteil sicher eine gesündere Kostendisziplin anregen. Obwohl dieser erfolgsversprechende Ansatz bekannt ist, scheinen nicht einmal die kostenorientierten Krankenkassen daran interessiert zu sein. Eventuell fehlt auch ihnen noch ein stärkerer Anreiz in diesem geschützten Sektor.

Jens Feger, Münchenstein

Weniger Subvention für Atom und Fossile

Kampf der Ideen; BaZ 14. 7. 16

Die Verstaatlichung der Strom- und Gaswirtschaft hat nicht zugenommen, sondern war seit jeher wie zum Beispiel die Axpo grossmehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand. Wer von den Kosten der Energiewende spricht, sollte beachten, dass die grosse Rückbau- und Entsorgungsrechnung der staatlich dominierten Nuklearwirtschaft erst noch bevorsteht. Die europäischen staatlichen Neubauprojekte von Kernkraftwerken zum Beispiel in Frankreich oder Grossbritannien zeigen, dass Kernenergie deutlich teurer ist als gedacht und auch teurer als erneuerbare Energien. Ein Ausstieg aus der Kernenergie steht uns bevor – ob geordnet oder ungeordnet, entscheidet das Stimmvolk im November. Mittlerweile sind erneuerbare Energien die günstigsten Quellen – nur wird leider die konventionelle und fossile Energiewirtschaft weltweit gemäss IEA mit circa jährlich 500 Milliarden subventioniert. Solange das so ist, kann die saubere erneuerbare Energie wie zum Beispiel die Wasserkraft nur mit Subventionen überleben.

Aeneas Wanner, Basel

Politik foutiert sich um prinzipielle Werte

Der Artikel von Lukas Weber trifft voll ins Schwarze und ich danke, dass sich so weitere sachlich fundierte «Gegenwehr» zu Wort meldet. In der sich in den letzten Jahrzehnten langsam «herangezüchteten» egomanischen Gesellschaft, wo ja immer noch die früheren Poch- und RML-Fanatikerinnen und -Fanatiker in unseren Parlamenten sitzen, erstaunt es nicht, was hier abläuft. Nicht nur in der Schweiz, in den meisten «gesättigten» westlichen Ländern, vorab auch in der EU, wurden mutwillig alte Prinzipien über den Haufen geworfen. Nur die Briten lassen gerade mit dem Brexit ein wenig Hoffnung aufkommen. Unsere Politlandschaft ist enorm verschwurbelt und beinahe alle neuen Gesetze und Aktionen basieren alleine auf Eigennutz irgendwelcher Gruppen (auch ausländischer!), Lobbies und/oder von Eigeninteressen der Verwaltung(en) selbst. Man spricht heute von «linksliberal» und «rechtsliberal», alles ist neutralisiert, aber liberal ist niemand mehr.

«Sozialisten» waren früher allein die Linken und Grünen. Wenn man Sozialismus definiert als «alles soll dem Staat gehören und alles soll der Staat bezahlen», so sieht man sofort: Es gibt heute auch die «Rechts-Sozialisten», egal ob sie sich liberal nennen oder nicht! Vorbild zu rechtem Sozialismus war und ist die Bauernlobby, und weil es so einfach ist, machen es diesen nun alle andern nach, so die Profiteure von CO₂-Abgaben, der fatalen Energiewende, und neu des Gewerbes, und so weiter. In Basel und andernorts muss ja geradezu auffallen, dass sich leitende Akteurinnen und Akteure aus den Parteien FDP und SVP in Regierung, bei Energieversorgern und der Wirtschaft derart für

Heute vor 68 Jahren



18. 7. 1948: Schweisstreibender Aufstieg – nicht nur für die Velofahrer. Wie dieses Jahr gastierte auch im Sommer 1948 die Tour de France in der Schweiz. Der Tross überquerte damals ebenfalls den Col de la Forclaz im Wallis. Diese Aufnahme zeugt jedoch davon, dass heute vor 68 Jahren bei diesem Pass selbst die Zuschauer schwitzen mussten: Bei der 15. Etappe von Aix-les-Bains nach Lausanne mussten sie ein Begleitauto der Tour bergauf schieben. Foto Keystone

staatliche Abgaben einsetzen, allein um sich hernach beim Subventionsmanna ausgiebig bedienen zu können. Den alten «echten» Sozialistinnen und Sozialisten wird es im Herzen sehr wohl tun. Wie lange noch?

Jakob Speiser-Häfelinger, Gelterkinden
Mitglied FDP Diegten/Eptingen

Klare Visionen sind verloren gegangen

Achtlosigkeit, Hochmut oder Feigheit ortet Lukas Weber als mögliche Ursachen für Terrainverluste bürgerlicher Parteien in zentralen Politikbereichen wie Klima- und Energiepolitik. Die ideologische Auseinandersetzung finde kaum mehr statt, bürgerliche Überzeugungen würden nicht mehr wirkungsvoll vertreten. Vielleicht müssten diese durchaus zutreffenden beunruhigenden Beobachtungen über fehlende Standsicherheit und Debattierlust um schwerer wiegende Befunde ergänzt werden: Vielleicht sind gar im weitherum salonfähigen politischen Opportunismus – aufgerieben zwischen widersprüchlichen Partikularinteressen – klare Visionen und verpflichtende Überzeugungen abhandengekommen.

Konstantin Bachmann, Basel

Eine intakte Umwelt ist ein wichtiges Erbe

Lukas Weber versucht, den Werdegang der Auseinandersetzung um die Energiewende aufzuzeigen. Man muss ihm auch recht geben, wenn er den Finger auf die Problematik der unerwünschten CO₂-Produktion legt. Aber die Art, wie er die Umweltanliegen in die linke Ecke abschiebt, schmerzt geradezu. Als bürgerlich und liberal denkender Mensch ist mir seit jeher die Umwelt eine Herzensangelegenheit. Ich kenne viele Leute, die dies genauso und mit derselben Grundhaltung unterstützen.

Klar kommt ein Uriberaler in der Umweltproblematik an seine Grenzen: Welche staatlichen Regeln oder Vorschriften sind noch erlaubt, holen wir uns mit einem starken Auftritt des Staats den Teufel an Bord, oder schaffen wir es, die Bevölkerung durch konstantes Auf-

zeigen der Gefahren zum vorbehaltlosen Umweltschutz zu erziehen? Eine intakte Umwelt ist in meinen Augen ein derart wichtiges Erbe, dass Aufklärung und Vorschriften miteinander angewendet werden müssen. Mag sein, dass einzelne Linke einen Umbau der Gesellschaft via Umweltpolitik anstreuen, aber wer die Prioritäten auf Umwelt legt, hat mit solchen ideologischen Mitläufern sicher kein Problem.

Nochmals zum Liberalismus: Adam Smith wusste noch überhaupt nichts von den Herausforderungen unserer modernen Zeit, und sogar er machte den Staat in manchen Bereichen (Schutz des Eigentums, Bildung) verantwortlich. Ich plädiere fürs Ablegen der ideologischen Scheuklappen, Schluss mit dieser «politischen» Polarisierung im Bereich der Umwelt! Es bleiben noch genug praktische Probleme, die angepackt werden müssen. Ich meine zum Beispiel den sanften Atomausstieg unter grösstmöglicher Vermeidung eines Anstiegs der CO₂-Produktion. Es muss auch – Ausland hin oder her, solche Rahmenbedingungen können sich auch verändern! – gefragt werden dürfen, welche Produktionsformen von Energie diejenigen sind, die uns und der Umwelt am wenigsten Schaden zufügen.

Daniel Reicke, Basel
Mitglied CVP Basel West

Kein guter Modus an der EM 2016

Kein rauschendes Fussballfest in Frankreich; BaZ 9. 7. 16

Der Modus der EM 2016 war nicht fair. Die Gruppen D, E und F waren benachteiligt. So mussten die Ersten der Gruppen E und F im Achtelfinale als Einzige gegen Gruppenzweite anstatt gegen Gruppendritte antreten. Und die Zweiten der Gruppen E und D mussten als Einzige gegen Gruppenzweite antreten anstatt gegen einen anderen Gruppenzweiten. Kein Wunder, schieden alle von dieser Ungerechtigkeit betroffenen Teams spätestens im Viertelfinale aus.

Das Argument, der veränderte Modus hätte die Spannung in der Gruppenphase erhöht, ist überdies mit Vorsicht zu geniessen. So waren vor der letzten Runde drei Teams bereits qualifiziert

und eines bereits ausgeschieden. Wären dagegen in jeder Gruppe nur die beiden Ersten weitergekommen, wären drei Teams schon qualifiziert gewesen und drei bereits ausgeschieden. Der Unterschied ist also marginal. Wenn man bedenkt, dass ein Ausscheiden nach der Gruppenphase für die grossen Teams kaum noch möglich gewesen ist, relativiert sich das Argument von der erhöhten Spannung zusätzlich. Mir jedenfalls dürften die Spiele der Gruppenphase kaum in Erinnerung bleiben.

Patrick Hunziker, Basel

Die Beamten müssen unterbeschäftigt sein

Jeder zehnte Kantonsmitarbeiter tappte in die Falle; BaZ 13. 7. 16

Wie bedenklich es doch ist, dass es Beamte in Solothurn gibt, die so naiv sind, ihr Passwort auf einer fremden Seite einzugeben und dadurch erst noch die EDV-Sicherheit beim Kanton auf Spiel setzen! Lernt man heute nicht schon im Kindergarten, dass man dies nicht tut? Es ist aber auch befremdend, dass sich jeder zehnte Solothurner Staatsangestellte einbildet, er könne an seinem «geschützten Arbeitsplatz» auch noch einen «Mitarbeiter-Onlineshop» benutzen, indem er sich diesbezüglich quasi blenden lässt! Es sei zu interpretieren, dass die entsprechenden Beamten unterbeschäftigt sein müssen!

André Müller, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.
<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel

Einspruch

Panikmache in Energie-Politik

Von Andreas Aste

Der Artikel «Der Kampf der Ideen» (BaZ 14. 7. 16) von Lukas Weber zur Ideologisierung der Energiewende berührt tatsächlich nur die Spitze eines Eisbergs, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Befasst man sich eingehend mit den wissenschaftlichen und sozialen Grundlagen der Energie-Problematik, so offenbaren sich für ethisch denkende Menschen kaum erträgliche wirtschaftliche und daraus resultierende menschliche Missstände.

Nach modernen strahlenbiologischen Erkenntnissen erscheint es heute nämlich höchst fragwürdig, ob die Bevölkerung in der evakuierten Zone um Fukushima durch die Strahlung tatsächlich zu Schaden gekommen wäre, wäre sie denn nicht evakuiert worden. Auch die von den Medien immer und immer wieder falsch kolportierten Horrorszenerien zu Tschernobyl haben sich als haltlos herausgestellt. Doch was tun, wenn jahrzehntelange gezielte Panikmache jede sinnvolle Diskussion und die Wahrheit auf politischer und gar wissenschaftlicher Ebene im Keim erstickt?

Natürlich ist die Strahlung in unmittelbarer Nähe eines Kernreaktors stark und tödlich, doch für moderate Strahlung mehrten sich sogar die Hinweise, dass sie gesundheitsfördernd wirkt, so unglaublich dies klingen mag. Trinkt man fünf Liter Wasser auf einmal, riskiert man sein Leben (weil der Natriumhaushalt aus dem Gleichgewicht gerät, die sogenannte Hyponatriämie). Doch zwei Liter täglich sind gesund.

Andere Meinung ist unerwünscht

Mindestens 3800 Tote und eine halbe Million Verletzte beim Chemieunfall in Bhopal, grossräumige und persistente Verseuchung des Meeres und von Küstenregionen durch 700 Millionen Liter Öl aus der Ölbohrinsel Deep Water Horizon – wen schreckts? 30 000 Tote jährlich durch Krankheit und Unfälle im Umfeld der fossilen Brennstoffförderung – akzeptabel. Kein einziger Toter durch die Reaktorhavarien in Fukushima – eine Katastrophe. Menschliches Leid entstand aber sicherlich durch die umstrittenen Evakuierungen.

Wissenschaftliche Mitarbeiter werden angewiesen, sich nicht zur Energiewende zu äussern.

Derweilen werden wissenschaftliche Mitarbeiter von Bundesbetrieben angewiesen, sich nicht zur Energiewende zu äussern (entsprechende Schreiben liegen mir vor), und bei bürgerlichen Parteien wird es gar nicht gerne gesehen, wenn Mitglieder eine differenziertere Meinung kundtun wollen.

Aktuell deckt die Solarenergie in Deutschland 1,2 Prozent des Primärenergiebedarfs, die Windenergie gerade einmal 2,3 Prozent, mit unsterkter Intensität. Es ist kaum zu glauben, was man mit den dafür investierten 400 Milliarden Euro in Forschung und Bildung alles hätte bewirken können.

Und die Schweizer Energiekonzerne schreiben jährliche Milliardenverluste. Für die ärmeren Menschen in Europa heisst es bereits seit Jahren: «Heat or eat».

Die Zeche bezahlen unsere Kinder und Kindeskind, wenn die wahre Rechnung zu den Kosten und der Effizienz der Solar- und Windenergie zwingend gemacht werden muss und die Energiequelle zu Neige geht, welche tatsächlich grösstenteils importiert werden muss und Europa beinahe im Alleingang antreibt: die fossilen Brennstoffe.

Andreas Aste, Basel, ist Dozent für Strahlung an der Universität Basel und Präsident der CVP Grossbasel-West.